

INHALT

1. CDU legt Änderungsanträge zum Haushalt vor
2. Anhörung bringt breite Kritik
3. Streit in der Landesregierung über Vorratsdatenspeicherung
4. Treffen der norddeutschen CDU-Fraktionsvorsitzenden
5. Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ besucht Netzleitstelle der EON Hanse
6. Schleswig-Holsteins Arbeitsmarkt hinkt weiter hinterher

29.11.2013

CDU legt Änderungsanträge zum Haushalt vor Mehr Geld für Infrastruktur trotz Absenkung der Neuverschuldung



CDU-Fraktionschef Johannes Callsen mit Finanzexperte Tobias Koch

Die CDU-Fraktion hat diesen Mittwoch (27. November 2013) in einer Pressekonferenz ihre Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf von SPD, Grüne und SSW der Öffentlichkeit vorgestellt. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen und Finanzexperte Tobias Koch verurteilten dabei die "verantwortungslose Gießkannenpolitik" der Koalitionsfraktion aufs Schärfste.

„Trotz Rekordsteuereinnahmen bekommt diese Landesregierung den Hals nicht voll. Wir dagegen verzichten auf die Steuererhöhung in Höhe von 80 Millionen Euro. Mit diesem Haushalt ist nicht im Ansatz erkennbar wo diese Landesregierung überhaupt finanzpolitische Schwerpunkte setzt. Die Chance zum Abbau der Neuverschuldung wird leichtfertig vertan“, so Fraktionschef Callsen.

Die Änderungsanträge der CDU sehen zusätzliche Investitionen von 24 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur des Landes vor, ohne dabei die Grunderwerbssteuer zu erhöhen. Die CDU-Fraktion bleibt mit ihren Änderungsanträgen der, unter der erfolgreichen Vorgängerregierung eingeleiteten Haushaltskonsolidierung, treu. Im Gegensatz zur Landesregierung will die CDU-Fraktion die Neuverschuldung um 220 Millionen Euro reduzieren.

Die CDU-Fraktion setzt dabei dennoch klare politische Schwerpunkte. So sollen die Mittel für den Vertretungslehrerfond aufgestockt, ein Fonds für Barrierefreiheit eingerichtet, die Zahl der Pflegeausbildungsplätze erhöht und zusätzliche Gelder für die Sanierung öffentlicher Sportanlagen bereitgestellt werden. Alle Änderungsvorschläge sind gegenfinanziert und gehen nicht zu Lasten der jungen Generation.

Die CDU zeige auch in Oppositionszeiten, dass sie eine ausgewogene und verantwortbare Alternative für Schleswig-Holstein darstelle. „SPD, Grüne und SSW hingegen erwecken den Eindruck, das Geld könne mit vollen Händen ausgegeben werden. Politik bedeutet, Prioritäten zu setzen und nicht so zu tun, als könne man noch immer Bonbons an alle verteilen“, so der finanzpolitische Sprecher Tobias Koch.

Die Änderungsanträge der CDU finden Sie unter folgendem Link:
<http://www.cdu.ltsh.de/media/anhanghaushaltsantraege2014.pdf>

Anhörung bringt breite Kritik **Selbst Befürworter halten Reform für nicht umsetzbar**



Bildungsexpertin Heike Franzen, MdL

Als Bildungsministerin Professor Wende ihren Schulgesetzentwurf eingebracht hatte, überschrieb sie ihre Pressemitteilung mit „So viel Konsens gab es nie – Dialog macht eine breite Zustimmung möglich“.

Bei der gestrigen Anhörung im Bildungsausschuss wurde hingegen breite Kritik laut. Auch grundsätzliche Befürworter erklärten, die Ziele der Reform seien mit dem vorhandenen Personal nicht erreichbar.

„Selbst die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht die Inhalte des Gesetzes vor diesem Hintergrund als gefährdet an. Da müssen bei Wende alle Alarmglocken klingeln.“

Professor Wende hat ihre ideologischen Träume in ein Gesetz gegossen und wird nun von der Realität an Schleswig-Holsteins Schulen gestoppt“, erklärte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen nach der Sitzung.

Auch die im Gesetz vorgesehenen Kooperationsbereiche für Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum wurden als nicht umsetzbar bezeichnet. Der Wegfall des Bildungs- und Erziehungsauftrages wurde breit kritisiert. Gleiches gilt für die Schlechterstellung der zwangsumzuwandelnden Regionalschulen gegenüber bestehenden Gemeinschaftsschulen.

Deutliche Kritik wurde auch an der Einrichtung zahlreicher Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen geübt. „Diese gefährden die bestehenden allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien. Vor allem aber schränken sie die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler ein“, so Franzen.

Bemerkenswert kleinlaut äußerten sich die bildungspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen nach der Anhörung. Man ziehe sich über den Jahreswechsel zurück und werde weiter an dem Bildungsgesetz arbeiten.

Franzen wurde deutlicher: „Professor Wende muss nachsitzen“, überschrieb sie ihre Pressemitteilung.

Unterdessen berichtete das Schleswig-Holstein Magazin am Donnerstagabend, dass als Folge der von SPD, Grünen und SSW geplanten Neuregelung der Ersatzschulfinanzierung berufliche Schulen im Land in ihrer Existenz gefährdet würden. Auch dies wurde in der Anhörung im Bildungsausschuss deutlich. Die Fachrichtungen Lebensmittel-, Medizin und Umwelttechnik sehen durch die Reform ihre Existenz bedroht. „Während alle Welt vor Fachkräftemangel warnt, sorgt die Landesregierung mit ihrer Politik dafür, dass unseren Unternehmen gut ausgebildete und qualifizierte Nachwuchskräfte vorenthalten werden“, sagte Franzen dazu.

Den Bericht des Schleswig-Holstein Magazins können sie in der NDR-Mediathek einsehen: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/s-h_magazin/media/shmag25287.html

Streit in der Landesregierung über Vorratsdatenspeicherung CDU: SPD handelt unglaubwürdig und verantwortungslos



Astrid Damerow, MdL

Die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auf Bundesebene über die

Einführung der Vorratsdatenspeicherung sorgte in dieser Woche für Streit innerhalb der Landesregierung. SPD-Innenminister Andreas Breitner sprach sich öffentlich für eine zeitlich begrenzte Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung schwerer Straftaten aus. Er stellte sich damit offen gegen Ministerpräsident Torsten Albig. Dieser verwies darauf, dass der rot/grün/blau Koalitionsvertrag die Vorratsdatenspeicherung ausschließe, Breitner habe lediglich eine „fachliche Einschätzung“ abgegeben.

Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow verurteilte dieses Hickhack in der Nord-SPD scharf und sicherte Breitner ihre Unterstützung zu. Ministerpräsident Albig und SPD-Landeschef Stegner hätten mit dem Entwurf des Koalitionsvertrages in Berlin auch die Vorratsdatenspeicherung unterschrieben. Dass Breitner vor diesem Hintergrund zurück gepfiffen werde, sei ebenso unglaubwürdig wie verantwortungslos.

„Die Nord-SPD hat offenbar erkannt, dass die Vorratsdatenspeicherung zur Verfolgung schwerer Straftaten dringend notwendig wäre. Sie lässt die Straftäter aber lieber laufen, als sich mit dem grünen Koalitionspartner anzulegen. Das muss Herr Albig den Opfern solcher Straftaten erklären“, so Damerow.

Alle Fachleute seien sich einig, dass zur Aufklärung schwerer Straftaten auf die Vorratsdatenspeicherung nicht länger verzichtet werden könne. Gerade im Internet steige die Zahl schwerer und schwerster Straftaten massiv an. Innenminister Breitner habe dazu gute Argumente für eine Vorratsdatenspeicherung angeführt.

Besonders ins Gewicht falle die Datenspeicherung bei der Bekämpfung von Kinderpornografie. „Diese Straftaten können bislang nur sehr schwer verfolgt werden, weil kein Zugriff auf die Telekommunikationsdaten erlaubt ist. Dies muss – selbstverständlich unter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien – künftig möglich sein“, forderte Damerow.

Treffen der norddeutschen CDU-Fraktionsvorsitzenden

Der Norden muss in der Verkehrspolitik besser zusammen arbeiten



Die fünf norddeutschen CDU-Fraktionschefs in Schwerin

Im Schweriner Schloss kamen am vergangenen Montag (25. November 2013) die Chefs der fünf norddeutschen CDU-Fraktionen zusammen, um über aktuelle politische Themen im Norden zu sprechen. Im Mittelpunkt des Treffens stand die A20, deren Weiterbau für alle norddeutschen Bundesländer von herausragender Bedeutung ist. Die Fraktionschefs beklagten den mangelnden Willen der Landesregierungen in Kiel und Hannover, den Weiterbau der so

genannten Küstenautobahn voranzutreiben. Ihre Kritik brachten sie in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck, in der sie auch weitere Mittel für Verkehrsinvestitionen und mehr ÖPP-Modelle fordern.

Im Wortlaut heißt es darin: „Der kürzlich erzwungene Planungsstopp für den Teilabschnitt Weede-Wittenborn trifft nicht nur Schleswig-Holstein, sondern den gesamten Norden. Vor diesem Hintergrund müssen die Planungen und der Bau anderer Teilabschnitte, auch westlich der A7, vorangetrieben und vorgezogen werden. Wir akzeptieren es nicht, dass die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen fahrlässig die wirtschaftliche Zukunft Norddeutschlands aufs Spiel setzen.“

Der schleswig-holsteinische CDU-Fraktionschef Johannes Callsen betonte: „Nur wenn der Norden mit einer starken Stimme gemeinsam seine Interessen vertritt, wird er diese durchsetzen können. Die SPD-Regierungschefs versagen da völlig. Das gilt auch und gerade beim A20-Ausbau.“

Das nächste Treffen der norddeutschen Fraktionsvorsitzenden soll im Frühjahr in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel stattfinden.

Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ besucht Netzleitstelle der EON Hanse Energieversorgung in guten Händen

Der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ besuchte in dieser Woche unter Leitung des Vorsitzenden Heiner Rickers die Netzleitstelle der EON Hanse in Rendsburg.

Zusammen mit Vertretern von EON unter Leitung des Geschäftsbereichsleiters Geschäftsfeldentwicklung, Herrn Echt, erfolgte ein energiewirtschaftlicher Austausch. Im Mittelpunkt standen die Fragen wie es mit der Energiewende weitergeht und welche Erfahrungen und Vorhaben vorliegen.

Aufgabe der EON Netz AG ist die Überwachung und das Führen der Energienetze in Schleswig-Holstein. Besonders gefordert war die Netzleitstelle, die die Stromversorgung fast ganz Schleswig-Holsteins – mit Ausnahme von lokalen Anbietern wie Stadtwerken – regelt, bei dem jüngsten Sturmtief „Christian“. In ihrem Versorgungsbereich waren in der Spitze 50.000 Haushalte mit etwa 150.000 Menschen durch Stromausfälle betroffen. In dieser Situation die Versorgungssicherheit auch durch mobile Stromaggregate wieder sicherzustellen, war eine besondere Herausforderung. Für dieses umsichtige Management der Ausnahmesituation „Christian“ bedankten sich die Abgeordneten besonders.

Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten besonders auch vom Besuch der Netzleitstelle. Es sei beruhigend, sich bei der Energieversorgung im Lande in guten Händen zu wissen, so die übereinstimmende Auffassung.

Schleswig-Holsteins Arbeitsmarkt hinkt weiter hinterher Auch Novemberzahlen schlechter als der Bundesdurchschnitt

Der negative Trend am Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein verfestigt sich. Das belegen die in dieser Woche vorgelegten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Während im Bundesdurchschnitt der Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat mit zwei Prozent moderat ausfiel, liegt er im nördlichsten Bundesland bei 4,8 Prozent mehr als doppelt so hoch. Auch im Bereich der Stellenzugänge ist ein deutliches Minus zu verzeichnen.

Zwar bezeichnete die Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Margit Haupt-Koopmann, einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit als „saisonal typisch“. Allerdings dokumentiere der Zuwachs um 4.500 Arbeitslose im Vorjahresvergleich, „dass auch weiterhin konjunkturelle Impulse fehlen, die ausgleichend wirken könnten“.

"Die neuesten Zahlen zeigen einmal mehr, dass SPD, Grüne und SSW die Konjunktur im Norden abwürgen. Wie wird das erst, wenn Vergabegesetz, Mindestlohn und Korruptionsregister ihre volle Wirkung entfalten?", fragte CDU-Landtagsfraktionschef Johannes Callsen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hartmut Hamerich, forderte die Regierungsparteien auf, den Unternehmen keine Knüppel zwischen die Beine zu werfen. „Die mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft“, so Hamerich.

Link zum Arbeitsmarktbericht:

<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/Zahlen-Daten-Fakten/Publikationen/amb/amb-SH/November-2013.pdf>



Hartmut Hamerich, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de